

Anfragen zum Plenum in der 25. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, dürfen preisrechnende Waagen neben einer offenen Ladenkasse über den 31.12.2016 hinaus weiterbetrieben werden, wenn die Waagen nicht die ab 01.01.2017 an Registrierkassen gestellte Anforderungen erfüllen, müssen summenbildende Waagen stets und automatisch auch zur buchhalterischen Kassenabrechnung verwendet werden, mit der Folge, dass die neuen Rechtsnormen greifen würden und darf auch eine alte Registrierkasse bei einer offenen Ladenkasse zur Preisfindung dienen?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Klassen (absolut und in Prozent) in Niederbayern haben jeweils an Grundschulen, Mittelschulen, Realschulen und Gymnasien über 25 Kinder und wie viele Kinder dieser Schularten sind dies (absolut und in Prozent)?

Inge Aures
(SPD)

Nachdem es in dem Minderheitenbericht der Abg. Inge Aures (SPD,) Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD), Florian Streibl (FREIE WÄHLER) und Dr. Martin Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 09.07.2013 auf Seite 53 wörtlich heißt: „Bereits im Dezember 2012 war bekannt geworden, dass in der Folge bei der Steuerfahndung des Finanzamtes Nürnberg-Süd Ermittlungsverfahren in 19 Fällen laufen, die allesamt Steuerpflichtige betreffen, welche schon in den ersten Anzeigen von Herrn Mollath genannt worden waren, in den letzten Monaten sind zu den oben genannten 19 Ermittlungsverfahren weitere hinzugekommen, mittlerweile sind erste Verfahren mit Strafbefehlen abgeschlossen, auch hat es zwei strafbefreiende Selbstanzeigen gegeben“ und es sich bei den beschriebenen Ermittlungsverfahren um Schwarzgeldverschiebungen in die Schweiz handelt, frage ich die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich der noch laufenden Ermittlungsverfahren wegen der Schwarzgeldverschiebungen in die Schweiz, wie viele Verfahren sind bereits abgeschlossen und mit welchem Ergebnis?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER)

Nachdem der Staatsminister des Innern, Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, auf dem Heimattag der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl öffentlich höhere Renten für Russlanddeutsche und andere Spätaussiedler gefordert hat, frage ich die Staatsregie-

rung, welches Konzept genau hinter der öffentlichen Forderung von Staatsminister Joachim Herrmann höheren Renten für Russlanddeutsche und Spätaussiedler steht, wer genau diese Rentenerhöhungen zahlen soll und ob es zutrifft, dass diese Rentenerhöhung als versicherungsfremde Leistung zu sehen ist?

Margarete Bause
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Planstellen (in Vollzeit-äquivalenten, aufgeschlüsselt nach Amtsbezeichnungen) sind für die Polizeiinspektion in Laufen/Landkreis Berchtesgadener Land vorgesehen, welche dieser Planstellen sind tatsächlich besetzt und wie haben sich Planstellen und Stellenbesetzungen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Unternehmen sind die BayernLB und die LfA Förderbank Bayern über die BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH aktuell beteiligt (im Beteiligungsbericht 2016 ist auf Seite 104 von Beteiligungen an 86 Unternehmen in Höhe von mind. 46 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2014/2015 die Rede), mit welchen Summen ist die BayBG an den jeweiligen Unternehmen beteiligt und zu welcher Zielsetzung (aufgeschlüsselt nach jeder einzelnen Beteiligung)?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatte die Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) in den letzten fünf Jahren (bitte aufgeschlüsselt nach den vier Sachbereichen und etwaigen weiteren Bereichen und Projekten), wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LGL haben seit Februar 2014 für das Projekt „System zur Früherkennung von bzw. Frühwarnung vor Risiken für die Lebensmittelsicherheit - Projekt zum Schutz der Verbraucher vor gesundheitlichen Schäden sowie vor Täuschung im Umgang mit Lebensmitteln“ und etwaigen Nachfolgeprojekten gearbeitet, und mit welchen konkreten Themen und Problemlagen haben sich dieses Projekt bzw. etwaige Nachfolgeprojekte seit Februar 2014 bis heute beschäftigt?

Kerstin Celina
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Eckpunkte hält das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege für Mindestvoraussetzungen bei der Einführung eines Krisendienstes für Bayern im Rahmen eines Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes (bitte u.a. auf zeitliche Erreichbarkeit und fachliche Voraussetzung eingehen), wie steht die Staatsregierung zu der Frage, ob bei Krisensituationen mit Jugendlichen unter 18 Jahren nicht eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter eines Krisendienstes, sondern eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter eines Jugendamtes hinzugezogen werden sollte und wer müsste in dem Fall, dass Jugendamtsmitarbeiter bei Krisen Jugendlicher hinzugezogen werden, für die Kosten für Ausbildung und Einsatzzeit aufkommen?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, warum plant die Schulbehörde die Grundschule in Seligenporten ab dem Schuljahr 2017/2018, trotz der schriftlichen Zusage der Schulleiterin vom April 2017, ab dem Schuljahr 2017/2018 nicht mehr mit einer ersten Klasse zu belegen, sondern die Kinder in die Grundschule Pyrbaum einzu-

schulen, obwohl mit 49 Erstklässlern für beide Schulstandorte genügend Schülerinnen und Schüler vorhanden wären, welche Auswirkungen hat dies auf die künftige und langfristige Nutzung und den Erhalt des Schulstandortes in Seligenporten und wie viele Lehrkraftstellen werden dadurch eingespart?

Markus Ganserer
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Rolle spielen über das gesetzliche Maß hinausgehende Fahrgastrechte bei der Wertung von Angeboten auf Ausschreibungen der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) für Leistungen im Schienenpersonennahverkehr, wie beurteilt die Staatsregierung, dass nicht alle Eisenbahnverkehrsunternehmen am gemeinsamen Entschädigungsverfahren des Servicecenter Fahrgastrechte teilnehmen, inwieweit beabsichtigt sie bei zukünftigen Ausschreibungen der BEG die Teilnahme am gemeinsamen Entschädigungsverfahren des Servicecenter Fahrgastrechte zwingend vorzusehen?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
(SPD)

Nachdem der Landtag bereits im November 1997 beschlossen hat, dass den zu versetzenden Beamtinnen und Beamten der Bayerischen Bereitschaftspolizei drei Monate vor der Abgabe an den Einzeldienst ihre künftige Verwendungsdienststelle bekanntgegeben werden soll, frage ich die Staatsregierung, weswegen bis Mitte Mai noch immer nicht die Zuteilungszahlen bekannt waren, obwohl die Personalverteilung (2. Qualifikationsebene – QE) schon zum 1. Juni abgeschlossen sein müsste, und inwieweit wurde der vorbezeichnete Landtagsbeschluss in den letzten fünf Jahren beachtet?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie werden Hortbauten sowohl im Rahmen schulischer Angebote (z.B. Kombi-Modell) als auch außerschulisch und sowohl in eigenen als auch in angemieteten Räumen eines Trägers oder auch innerhalb eines Schulgebäudes, anteilmäßig von Kommunen und Trägern finanziert, welche Gelder fließen dafür über das Finanzausgleichsgesetz an die Kommunen und gibt es Landesförderprogramme für den Hortbau sowohl aktuell als auch in Planung?

Ulrike Gote
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen bayerischen Justizvollzugsanstalten asbesthaltige Materialien verbaut wurden, wann die betroffenen Gebäude saniert wurden, und falls nicht, warum sie nicht saniert wurden?

Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wann wurde über den Antrag auf Aufenthaltserlaubnis für gut integrierte Jugendliche gemäß § 25 a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), den Asef N. am 13.04.2017 stellte, durch die zuständige Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) abschlägig beschieden, wann wurde der Ablehnungsbescheid Asef N. zugestellt und entspricht es den Tatsachen, dass die zuständige ZAB der Polizei Nürnberg-Süd am 12.05.2017 aufgetragen habe, dass die Erlöschung der Duldung und die Ablehnung des Antrags auf Aufenthaltserlaubnis nach § 25 a AufenthG erst bei der Abschiebung an Asef N. ausgehändigt werden sollten?

Harald Güller
(SPD)

Nachdem der Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann in der BR-Sendung „jetzt red i“ zum Thema „Ehrenamt – Nein danke?“ vom 31.05.2017 von ehrenamtlichen Rettungskräften der Wasserwacht des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) auf den bürokratischen Aufwand in Bayern angesprochen wurde, der für die Genehmigung von Übungsfahrten mit Motorbooten auf bayerischen Gewässern notwendig ist und dabei beispielhaft eine pauschale Freistellung von Genehmigungserfordernissen für Rettungsdienste vorgeschlagen wurde, worauf Staatsminister Joachim Herrmann darauf antwortete, dass er das Problem so zum ersten Mal höre, es aber nach München mitnehme, frage ich die Staatsregierung, ob sie nunmehr auch Handlungsbedarf erkennt und welche Maßnahmen ggf. zur Umsetzung angedacht sind und mit welchem Zeitrahmen bis zur Verwirklichung zu rechnen ist?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Anstalten des öffentlichen Rechts mit staatlicher Beteiligung bzw. im staatlichen Eigentum in Bayern haben in den vergangenen drei Jahren jeweils von der Aufnahme von Krediten in welcher Höhe Gebrauch gemacht und wofür wurden diese Kredite jeweils verwendet?

Joachim Hanisch
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Planungs- und Verfahrensstand bei der geplanten Ortsumfahrung von Tanzfleck (Bundesstraße 299), wie ist der Zeitplan für die weitere Planung und bis wann ist der Bau der Ortsumfahrung Tanzfleck geplant?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wurde für die beiden größten Aufsuchungsgebiete in Bayern, die Aufsuchungserlaubnisse „Schongau“ (Erlaubnis zur großräumigen Aufsuchung) und „Salzach-Inn“ (Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken), welche jeweils zum 31.07.2017 auslaufen, Antrag auf Verlängerung gestellt, wenn ja, mit welcher Begründung und Laufzeit und wenn nein, wie begründeten die Rechtsinhaber den Verzicht auf eine Verlängerung?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Übernachtungszahlen in den vier Allgäuer Landkreisen in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte auflisten nach Zahlen pro Jahr nach Orten der Landkreise Oberallgäu, Ostallgäu, Unterallgäu und Lindau), wie hat sich die jeweilige Aufenthaltsdauer in den letzten zehn Jahren verändert (bitte auflisten nach Orten der Landkreise Oberallgäu, Ostallgäu, Unterallgäu und Lindau) und wie war die Gästeverteilung in den letzten zehn Jahren (bitte auflisten pro Jahr nach Orten der Landkreise Oberallgäu, Ostallgäu, Unterallgäu und Lindau nach Hotels, Urlaub auf dem Bauernhof, Ferienwohnungen, Privatvermieter)?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob auch in Bayern bei Castoren an Siedewasserreaktoren mangelhafte Abdichtungen von Gewinden für Einschraubverbindungen aufgefallen sind und wenn ja, wie viele und an welchen Standorten von Atomkraftwerken?

Annette Karl
(SPD)

Nachdem die Urteilsbegründung des Bundesverwaltungsgerichtes im Verfahren (Az. 3 C 16.15) in der Entscheidung, dass im Sinne

von § 21 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 der Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) auch dann eine Fahrerlaubnis ausgestellt werden kann, wenn die Daten in den vorhandenen Identitätsnachweisen auf eigenen Angaben beruhen, nun vorliegt (<http://www.bverwg.de/entscheidungen/entscheidung.php?ent=080916U3C16.15.0>), frage ich die Staatsregierung, ob die Fahrerlaubnisbehörden mittlerweile eine entsprechende Handlungsanweisung vom Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr erhalten haben, wie nach diesem Urteil zu verfahren ist?

Günther Knoblauch
(SPD)

Da die Staatsregierung sich in ihrer Antwort vom 02.06.2017 auf eine Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Harald Güller, Reinhold Strobl, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein betreffend „Steuervollzug in Bayern und im Ländervergleich“ (keine Drucklegung) zur Fragestellung „Wie sieht die Personalausstattung der bayerischen Steuerverwaltung im bundesdeutschen Ländervergleich auf aktuellster Datenbasis bei den folgenden Kriterien a) Personal zu Einwohnerzahl, b) Personal zu Einkommen-/Körperschaftsteuerfällen, c) Betriebsprüfer zu Zahl der Betriebe, d) Umsatzsteuersonderprüfer zu Unternehmen und e) Personalbedarf zu Istbesetzung aus?“ auf den Hinweis beschränkte, offizielle Vergleichsberechnungen lägen nicht vor, die Staatsregierung dieselbe Fragestellung aber in der Schriftlichen Anfrage auf Drs. 16/4680 hinsichtlich der einzelnen Kriterien für das Jahr 2009 beantwortet hatte, der Bayerische Oberste Rechnungshof in seinem Jahresbericht 2012 entsprechende Zahlen für das Jahr 2010 „nach Auskunft des Finanzministeriums“ und in seinem Jahresbericht 2014 die entsprechenden Zahlen auch für das Jahr 2012 veröffentlichte, frage ich die Staatsregierung, wie lauten die entsprechenden Zahlen für die einzelnen Kriterien auf aktuellster Datenbasis?

Ulrich Leiner
(GRU)

Nachdem in den Gesetzentwurf zum neuen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) auch die Personen aufgenommen werden sollen, die sich selbst oder Dritte gefährden, frage ich die Staatsregierung, welcher Personenkreis hier ihrer Meinung nach infrage kommt, ob eine Erweiterung auf nicht psychisch kranke Menschen geplant ist oder ob eine Erweiterung des bisherigen Personenkreises definitiv ausgeschlossen werden kann?

Andreas Lotte
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie lassen sich die Angaben („Der Sozialbericht stellt fest, rund 45.800 Wohneinheiten wurden im Wohnungsbau in Bayern in den letzten 5 Jahren mit rund 2,4 Mrd. Euro subventioniert“), mit denen das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration in einer zusammenfassenden Karte für den vierten Sozialbericht wirbt, möglichst genau aufschlüsseln nach Wohneinheiten (aufgeschlüsselt in Wohnungsbau von Mietwohnungen, Eigenwohnungen, Heimplätze für Menschen mit Behinderung, Wohnplätze für Studierende etc.) und nach Mitteln in Euro für den Wohnungsbau (aufgeschlüsselt für die jeweiligen Wohneinheiten)?

Dr. Christian Magerl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wurden die in der Antwort zur Anfrage zum Plenum (Drs. 17/9184) vom 26.11.2015 (Wasserverband Donaumoos II – geplante Neuanlage und Vertiefung eines Grabens – E8) angesprochene Planfeststellung und Umweltverträglichkeitsprüfung inzwischen durchgeführt (ggf. bitte Ergebnis angeben), wenn nein, warum nicht und welche Initiativen ergreifen die zuständigen Behörden, um einen rechtmäßigen Zustand herzustellen?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist es zutreffend, dass nach dem derzeitigen Planungsstand in Oberfranken im Schuljahr 2017/2018 an Grund- und Mittelschulen 200 bis 300 Positionen für Klassenleiterinnen und -leiter nicht besetzt werden können und falls ja, welche Gründe sind hierfür ausschlaggebend und welche Maßnahmen beabsichtigt die Staatsregierung zur Gegensteuerung?

Jürgen Mistol
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, können Ausweise für Behinderten-Parkplätze und andere Parkerleichterungen erteilt werden, wenn die Bedingungen für einen „Dunkelblauen Parkausweis BY“ (sog. Bayern-aG) zwar nicht gegeben, aber Menschen mit Behinderung aufgrund ihrer Mobilitätseinschränkung auf Parkerleichterungen dringend angewiesen sind, wenn ja, welche sind das und inwiefern können in solchen Fällen Ausnahmegenehmigungen anstelle von Parkausweisen erteilt werden?

Ruth Müller
(SPD)

Nachdem in der Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 27.04.2017 darauf verwiesen wird, „dass die Kosten für den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern in Krankenhäusern in den Fallpauschalen der Krankenkassen enthalten sind...“, um Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen eine Teilhabe zu ermöglichen.“, frage ich die Staatsregierung, welche staatlichen Fördermöglichkeiten gibt es neben der Eingliederungshilfe nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) für Angehörige mit Einschränkungen von Patientinnen und Patienten des bayerischen Maßregelvollzugs, um der Benachteiligung entgegenzuwirken, dass in den Bezirkskrankenhäusern nicht nach den DRG (= Diagnosis Related Groups) abgerechnet wird, sondern nach den Tagessätzen der Bundespflegesatzverordnung?

Thomas Mütze
(GRU)

Da mir in der Antwort auf meine Anfrage zum Plenum zum schweren Unwetter im Kahlgrund und im Main-Spessart-Kreis am Donnerstag, 04.05.2017, (siehe Drs. 17/16851) mitgeteilt wurde, dass die Staatsregierung beschlossen habe, dass auf der Grundlage des im Jahr 2016 eingeführten abgestuften Hilfsprogramms die Betroffenen Hilfen nach Stufe 3 erhalten werden, frage ich die Staatsregierung, in welcher Höhe insgesamt Mittel bereitgestellt wurden, in welcher Höhe Notstandsbeihilfen, steuerliche Erleichterungen und Sonderabschreibungen (aufgegliedert nach Zuschüssen für Privathaushalte, Gewerbebetriebe, selbstständig Tätige, Unternehmen der Land- und Fortwirtschaft, nominal und prozentual) bereits beantragt, genehmigt und ausgezahlt

wurden und in welcher Höhe von Kommunen Maßnahmen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) beantragt, genehmigt und an sie ausbezahlt wurden?

Verena Osgyan
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Landeszuweisungen pro Studierender bzw. Studierendem seit 2011 entwickelt haben (absolute Zahlen; bitte jährlich aufschlüsseln), wie sich die Mittelzuweisungen des Bundes pro Studierender bzw. Studierendem in diesem Zeitraum entwickelt haben (absolute Zahlen, bitte jährlich aufschlüsseln) und wie der Freistaat Bayern bei den Mittelzuweisungen pro Studierender bzw. Studierendem im bundesweiten Vergleich mit den anderen Bundesländern abschneidet (bitte alle Bundesländer auflisten)?

Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Planungsstand zur Beseitigung des höhengleichen Bahnübergangs in Herrsching (Staatsstraße 2067/Bahnlinie), gibt es einen Zeitplan für die Durchführung der Maßnahme und wird bei der Planung das Geh- und Radwegekonzept der Gemeinde Herrsching berücksichtigt?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylbewerberinnen und -bewerber haben in den vergangenen 12 Monaten während ihres laufenden Asylverfahrens in den Landkreisen Ebersberg und Erding eine Arbeits- oder Ausbildungserlaubnis durch die Ausländerbehörde erhalten (bitte aufgeschlüsselt in absolute und prozentuale Zahlen), wie hoch war die jeweilige Quote der Asylbewerberinnen und -bewerber, die eine Arbeits- oder Ausbildungserlaubnis erhalten haben, differenziert nach Herkunftsländern, und wie bewertet die Staatsregierung diese Zahlen für die Landkreise Ebersberg und Erding im Vergleich zu anderen Landkreisen?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche historischen Rückschlüsse lassen die archäologischen Funde am Horst-Salzman-Weg in München-Trudering zu, welche archäologischen Entdeckungen wurden im Stadtteil Trudering bisher gemacht und welche Ausgrabungen und Forschungen im Stadtteil sind des Weiteren geplant?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie verteilten sich die Nutzer der WhatsApp-Guppe, über die am 05.02.2017 u. a. in der „Süddeutschen Zeitung“ berichtet worden ist, geografisch jeweils nach Bundesländern bzw. ausländischen Staaten, welche Verfahren sind noch offen (Alter der/des Beschuldigten, Kurzbeschreibung des Vorfalls, Stand des Verfahrens) und welche Verfahren sind abgeschlossen (Alter der/des Beschuldigten, Kurzbeschreibung, rechtliches Ergebnis)?

Bernhard Roos
(SPD)

Da nach mehreren Runden Tischen in meinen Stimm- und Betreuungskreisen zum Thema „Crystal Meth“ ersichtlich wurde, dass Schulpsychologinnen bzw. -psychologen und Drogenbeauftragte einen wichtigen Beitrag zur Prävention und zum Schutz unserer Kinder und Jugendlichen leisten, frage ich die Staatsregierung, wie viel Prozent der bayerischen weiterführenden Schulen beschäftigen eine Schulpsychologin bzw. einen -psychologen,

eine Sozialarbeiterin bzw. einen Sozialarbeiter und/oder Drogenbeauftragten, wie viele der Beschäftigten betreuen als Vollzeitkraft eine Schule, zwei Schulen, drei Schulen oder mehr, und inwieweit unterstützt die Staatsregierung die Schulen beim Ausbau der Schulsozialarbeit und Drogenprävention?

Georg Rosenthal
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die drastische Verringerung der Fördergelder aus dem Kulturfonds – Bereich Bildung – von 480.000 Euro im Jahr 2017 auf 251.000 Euro im Jahr 2018 erklärt, was unter „fachlichen Gründen“ zu verstehen ist, die zu einer Verringerung oder Streichung der Förderung führen können, und wie eine gleichmäßige Verteilung der Fördergelder über die Regionen sichergestellt wird?

Franz Schindler
(SPD)

Da die Kellerräume der Polizeiinspektion Neunburg vorm Wald einer umfassenden Sanierung bedürfen und die Haftzellen in dem Gebäude aufgrund des baulichen Zustandes nicht nutzbar sind, frage ich die Staatsregierung, wann mit der Sanierung des Gebäudes gerechnet werden kann und welche Sanierungsmaßnahmen konkret wann in Angriff genommen werden?

Gabi Schmidt
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stallneubauten (nach Tierart und Regierungsbezirk) wurden in Bayern im vergangenen Jahr beantragt, wie viele Stallneubauten wurden genehmigt und wie hoch ist der jeweilige Fördersatz?

Katharina Schulze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, gegen wie viele Rechtsextreme – Personen mit Bezügen zur Politisch motivierten Kriminalität-rechts (PMK-rechts) – derzeit unvollstreckte Haftbefehle in Bayern vorliegen, wie viele unvollstreckte Haftbefehle wegen Delikten im Bereich des islamistischen Terrorismus in Bayern vorliegen und auf welchen Delikten die jeweiligen Haftbefehle beruhen (bitte tabellarisch angeben nach dem PMK-Bereich, dem Jahr der Ausstellung des Haftbefehls, dem jeweiligen Delikt bzw. Gewaltdelikt)?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, im Zusammenhang mit der Aussage des Staatsministers der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, in den „Nürnberger Nachrichten“, bei der Polizei in Nürnberg „sollen 200 neue Stellen in den nächsten Jahren entstehen“, frage ich die Staatsregierung, wie viele neue Stellen in den nächsten Jahren jeweils bei den Polizeiinspektionen in Nürnberg geschaffen werden sollen, wie ihre Verteilung in die Nürnberger Inspektionen innerhalb des Polizeipräsidiums Mittelfranken sichergestellt wird und ob diese Stellen direkt mit neu ausgebildeten Beamten besetzt werden können?

Gisela Sengl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wann wurde der Vorentwurf zur Ortsumfahrung Altenmarkt mit Aubertgtunnel genehmigt, wie hoch sind die geschätzten Kosten der Baumaßnahme laut Kostenberechnung aus dem genehmigten Vorentwurf und welche aktualisierten Kosten werden für das Projekt derzeit veranschlagt?

Claudia Stamm

Ich frage die Staatsregierung, welchen Zeitraum hält sie von der Überreichung eines Ablehnungsbescheides und der Eröffnung der

Abschiebung bis zur Abschiebung für angemessen, wurde diese Zeit bei Asef N. – bezogen auf den Vorfall an einer Nürnberger Berufsschule vom 31.05.2017 – eingehalten und plant die Staatsregierung, an der bisherigen Praxis der Überreichung und Fristen etwas zu ändern?

Rosi Steinberger
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Behörden sind an der Aufklärung des Forellensterbens in Vilseck, Lkr. Amberg-Weilburg, beteiligt und welche Erkenntnisse gibt es über die Ursache des Forellensterbens vom Juni 2017?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang wurden die im 7. Ausbauplan für die Staatsstraßen in Bayern – Dringlichkeitsliste aufgelisteten Staatsstraßenprojekte in den vier Landkreisen des Oberlands (Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach, Weilheim-Schongau) bis zum heutigen Tage realisiert bzw. weiter verfolgt (bitte aufgeschlüsselt nach den vier Dringlichkeitsstufen, den im Plan genannten Neubau- bzw. Ausbauzielen - Soll-Stand - und den tatsächlich bis heute umgesetzten Maßnahmen in jedem Einzelfall, u. a. Ausbau, Neubau, Konkretisierung der Planungen, Genehmigungsverfahren)?

Reinhold Strobl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ermittlungsverfahren laufen noch bei der Schwarzgeldverschiebung in die Schweiz und wann ist hiermit einem Verfahrensabschluss zu rechnen?

Martin Stümpfig
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie und nach welchen Kriterien wurden die Mitglieder des Arbeitsforums Windkraft des Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (StMWi) berufen und welche ähnlich konstruierten Arbeitsforen werden vom StMWi organisiert?

Angelika Weikert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Alleinerziehende gibt es in Mittelfranken, wie hoch ist ihre Armutsgefährdungsquote und wie hat sich diese in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?

Dr. Paul Wengert
(SPD)

Vor dem Hintergrund des offenen Briefes der Stadt Marktoberdorf vom 02.06.2017 an die Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, Emilia Müller, und weitere Adressaten frage ich die Staatsregierung, wie sie die davon betroffenen Kommunen, wie z. B. die Kreisstadt Marktoberdorf, bei der derzeit erfolgenden und von der Staatsregierung geforderten Zentralisierung der Unterbringung von Asylbewerberinnen und -bewerbern, insbesondere hinsichtlich des daraus resultierenden zwingend erforderlichen sehr kurzfristigen und raschen Aus- und Neubaus von Kindertagesstätten und Schulen konkret unterstützen wird, um die deutlich höhere Belastung dieser Kommunen gegenüber den Kommunen, die durch die Zentralisierung der Unterbringung entlastet werden, zumindest finanziell auszugleichen?

Johanna Werner-Muggendorfer
(SPD)

Nachdem Mutter/Vater-Kind-Kliniken für ihre angestellten Ärztinnen und Ärzte keine Weiterbildungsermächtigung bekommen – trotz Beschäftigung von ehemals niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten mit ehemaliger Weiterbildungsermächtigung – und somit keine Assistenzärztinnen bzw. -ärzte beschäftigen können, frage

ich die Staatsregierung, aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage verwehrt das Land Ärztinnen und Ärzten solcher Kliniken die Weiterbildungsermächtigung, gibt es Pläne, diese Grundlage zu verändern und der Klinik die Weiterbildungsermächtigung zu ermöglichen, falls nicht, inwieweit passt das in das Bemühen der Staatsregierung, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und den Hausärztemangel zu bekämpfen?

Jutta Widmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, sind die bereits in Bayern bestehenden 3D-Bogenparcours genehmigungspflichtig gemäß der Bayerischen Bauordnung oder als Sportanlagen ausgenommen von der Genehmigungspflicht und wenn diese von der Genehmigungspflicht ausgenommen sind, wie muss so ein Bogenparcours abgenommen oder angezeigt werden?

Isabell Zacharias
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung empfiehlt, den Schulstart der Montessorischule Moosburg zur gründlichen Überarbeitung des vorgelegten Konzepts durch pädagogische Fachleute in das Schuljahr 2018/2019 zu verschieben, frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Anforderungen an die Überarbeitung gestellt werden und ob es ihr bewusst ist, dass ein Verschieben des Schulstarts den Schulkindern unnötige Schulwechsel beschert und das gesamte Projekt durch Verlust des Mietobjekts sowie das Zunichtemachen der Verfügbarkeit des bereits gewonnenen Personals gefährdet?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen wurde bislang keine Genehmigung erteilt, die es der Montessorischule Moosburg ermöglicht, den Unterrichtsbetrieb wie geplant mit dem Beginn des Schuljahres 2017/2018 aufzunehmen, welche Möglichkeiten die Staatsregierung sieht, das Genehmigungsverfahren noch zu einem Abschluss zu bringen, der einen Beginn des Schulbetriebs mit dem Schuljahr 2017/2018 ermöglicht und ist ihr bewusst, dass eine Verschiebung auf das Schuljahr 2018/2019 das Projekt insgesamt gefährden würde, da der vorgesehene Standort in der Gemeinde Wang (Landkreis Freising) nicht gesichert werden kann?